

Rede
Kiel, 29.06.2006

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Einführung des Faches Wirtschaft und Politik in der Sekundarstufe 1

Bisher wird das Fach WiPo an Schleswig-Holsteins Hauptschulen in der 8. und 9. Klasse, an den Realschulen in den Klassen 9 und 10 sowie am Gymnasium in der Oberstufe unterrichtet. Wöchentlich werden zwei bis drei Stunden Unterricht als Neben- und Wahlpflichtfach oder als Grundkurs erteilt. Seit Beginn des Schuljahres 2004/2005 ist es zudem möglich, an Gymnasien einen fünfstündigen WiPo-Leistungskurs zu belegen.

Dies also ist die aktuelle Lage an den Schulen Schleswig-Holsteins und der Hintergrund dafür, dass die Grünen fordern, das Fach Wirtschaft und Politik an allen Schularten bereits ab der Sekundarstufe 1 einzuführen. Die Begründung des Antrages lautet, dass allen Schülerinnen und Schülern dadurch die Möglichkeit geboten wird, gut auf das Wahlrecht mit 16 vorbereitet zu sein. Damit greifen die Grünen eine Forderung auf, die das Jugendparlament in der Vergangenheit bereits mehrfach formuliert hat - zuletzt bei der 19. Veranstaltung Jugend im Landtag im November 2005.

Der SSW unterstützt die Forderung nach einem qualitativ ausgerichteten WiPo-Unterricht schon ab der 7. Klasse bzw. 8. Klasse. Es ist wichtig, jungen Leuten so früh wie möglich einen Einblick in die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge zu geben. Aus unserer Sicht ist dies auch unabhängig vom Wahlrecht mit 16 zu sehen, obwohl es natürlich richtig ist, dass sich für das Land mit diesem Wahlrecht noch eine besondere Verantwortung den Jugendlichen gegenüber ergibt.

Die politische Bildung und das Wissen über gesellschaftliche

Zusammenhänge können gar nicht hoch genug bewertet werden. Der Trend in unserer Mediengesellschaft geht leider in die entgegengesetzte Richtung und deshalb ist es umso wichtiger, bereits in der Schule gegenzusteuern. Und in diesem Zusammenhang kann die frühere Einführung eines WiPo-Unterrichts durchaus sinnvoll sein.

Natürlich wissen wir alle, dass die Umsetzung dieser Forderung auch etwas mit Finanzen und mit der Prioritätensetzung der vorhandenen Ressourcen an den Schulen zu tun hat. Aber mit etwas gutem Willen und mit politischer Unterstützung des Bildungsministeriums müsste es möglich sein, zumindest einen Stufenplan für die flächendeckende Einführung des WiPo-Unterrichts zu erarbeiten. Der SSW hofft, dass wir im Bildungsausschuss gemeinsam eine Lösung herbeiführen können.

Abschließend noch eine Bemerkung zum Thema Wahlrecht mit 16: Es ist ohne Zweifel wichtig, dass Jugendliche so früh wie möglich lernen, was unsere Gesellschaft zusammenhält – welche Institutionen das Gerüst unserer Staatsordnung bilden. Es ist aber genau so wichtig, dass sie die Möglichkeit erhalten, an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden. Für den SSW war dies das wichtigste Argument für die Einführung des kommunalen Wahlrechts mit 16 Jahren. Gerade in einer stets älter werdenden Gesellschaft ist es aus unserer Sicht notwendig, die Partizipationsrechte der nächsten – der jungen Generation festzuschreiben. Daher sagen wir, auch an den Schulen muss es letztlich um gelebte und nicht nur um theoretisch erfasste Demokratie gehen.